

1 Staatshilfen, Schulden, Investitionen. Die Steuerpläne der Parteien im Vergleich

2 **Quelle: Manager-Magazin, 22.6.2021**

3 [https://www.manager-magazin.de/politik/deutschland/bundestagswahl-2021-steuerplaene-von-cdu-csu-](https://www.manager-magazin.de/politik/deutschland/bundestagswahl-2021-steuerplaene-von-cdu-csu-spd-die-gruenen-fdp-die-linke-und-afd-im-vergleich-a-f2b71fb9-3574-4470-8061-20ae0526f167)
4 [spd-die-gruenen-fdp-die-linke-und-afd-im-vergleich-a-f2b71fb9-3574-4470-8061-20ae0526f167](https://www.manager-magazin.de/politik/deutschland/bundestagswahl-2021-steuerplaene-von-cdu-csu-spd-die-gruenen-fdp-die-linke-und-afd-im-vergleich-a-f2b71fb9-3574-4470-8061-20ae0526f167)

5

6 Investiert Deutschland nach der Bundestagswahl so groß wie Joe Bidens USA? Die nun bekannten
7 Wahlprogramme der Parteien lassen zweifeln: In Sachen Steuern und Finanzen öffnet sich eine Kluft zwischen
8 Links und Rechts. Alle derzeit wahrscheinlichen Koalitionen müssen große Unterschiede überbrücken.

9

10 SPD-Generalsekretär **Lars Klingbeil** (43) hat sein Urteil über das [am Montag vorgelegte](#) Wahlprogramm von
11 CDU und CSU schnell gefällt: "Das ist ein Programm, bei dem auf den Vorstandsetagen die Sektkorken
12 knallen." Nun ja. Lautes Korkenknallen war aus den Vorstandsetagen bislang nicht zu hören. Viele deutsche
13 Konzerne von [Autoindustrie](#) bis [Telekommunikation](#) setzen große Hoffnung in eine vom Staat angeschobene
14 Investitionsoffensive nach US-Vorbild, um die auch der Industrieverband BDI fleht.

15

16 Die Unionsparteien schließen sich diesem Ruf zwar an, bauen in ihr "[Programm für Stabilität und](#)
17 [Erneuerung](#)" aber einen zentralen Widerspruch ein: Die Steuern sollen runter, die Schulden nicht rauf, am Ende
18 bleibt als Finanzquell für die zusätzlichen Ausgaben nur die Hoffnung auf Wachstum. Der als SPD-nah geltende
19 Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), **Marcel Fratzscher** (50), ist daher nicht
20 allein mit seiner Sorge: Er "sehe nicht, wie das CDU-Wahlprogramm finanzierbar ist". Es könnte einen weiteren
21 Rückgang öffentlicher Investitionen erzwingen und am Ende das Gegenteil des versprochenen soliden Staats
22 liefern.

23

24 Als Grund für Sektkorken bliebe den Vorständen nur das persönliche Motiv, dass Spitzenverdiener deutlich
25 weniger abgeben müssten. DIW-Steuerexperte Stefan Bach veranschlagt die Mindereinnahmen vor allem aus
26 Unternehmen-, Einkommensteuer und Solidaritätszuschlag auf mehr als 50 Milliarden Euro pro Jahr, die
27 überwiegend den reichsten 1 Prozent der Bevölkerung zugutekämen.

28 Das Unionsprogramm garniert dies mit Formeln wie "Freiheit und Eigenverantwortung", "Leistung muss sich
29 lohnen", und einem "neuen, modernen Verständnis vom Staat", der "sich stärker zurückziehen und nicht alles bis
30 ins Detail regeln" solle. Einen Rückfall in gescheiterten "Neoliberalismus" sieht DIW-Präsident Fratzscher.

31 **Schwarz-Gelb könnte noch harmonieren ...**

32 Mit CDU/CSU haben jetzt alle sechs im Bundestag vertretenen Fraktionen zumindest Entwürfe ihrer
33 Wahlprogramme veröffentlicht. In der zentralen Frage der finanziellen Spielräume über [Steuer- und](#)
34 [Haushaltspolitik](#) lassen sie aber nur einen polarisierten Lagerwahlkampf zu. Das Problem: Realistische
35 Koalitionsoptionen gibt es nur über die Lagergrenzen hinweg, ob Schwarz-Grün, Ampel-, Jamaika- oder

36 Deutschland-Koalition. Keine dieser Konstellationen ist möglich, ohne dass mindestens einer der Partner seine
37 Kernvorstellungen von Staat und Geld aufgibt.

38 Harmonisieren könnte die Union allenfalls noch mit der FDP, die in einigen Punkten [das gleiche fordert](#):
39 komplette Abschaffung des Solidaritätszuschlags, Senkung der Unternehmensteuern auf 25 Prozent des
40 Gewinns. Dafür wollen die Liberalen aber die Gewerbesteuer abschaffen, auch ihre Pläne für die
41 Einkommensteuer und die Abschaffung etlicher Bagatellsteuern sind um ein Vielfaches teurer als die von
42 CDU/CSU. Zugleich fordert die FDP einen "Tilgungsturbo", um die Staatsschulden abzubauen.

43 Der Wirtschaftsweise **Achim Truger** (52) zählt Lasten für den Haushalt von weit über 200 Milliarden Euro pro
44 Jahr zusammen und wöhnt die FDP deshalb "auf dem Weg ins finanzpolitische Wolkenkuckucksheim". Truger
45 ist auf Vorschlag der Gewerkschaften im Sachverständigenrat, doch auch der Präsident des arbeitgebernahen
46 Instituts der deutschen Wirtschaft sieht beim FDP-Programm finanziell eine "offene Flanke": **Michael**
47 **Hüther** (59) begrüßt zwar die grundsätzlich marktwirtschaftliche Haltung und manche FDP-Idee wie die einer
48 Aktienrente, rät aber dringend zu einer anderen Haltung in der Schuldenfrage.

49 Die [AfD](#), mit der ohnehin keine andere Partei kooperieren will, macht sich gar nicht erst die Mühe, ein
50 Finanzkonzept zu entwerfen – außer einem Lob des "Steuerreformkonzepts des ehemaligen Verfassungsrichters
51 Kirchhoff" (gemeint ist Paul Kirchhof), mit dem die CDU/CSU 2005 in den Wahlkampf gezogen war. Die AfD
52 will noch mehr Steuern radikal senken oder ganz abschaffen, "die Wirtschaft von politisch herbeigeführten
53 Belastungen komplett befreien", auf der anderen Seite aber auch für Corona-Maßnahmen entschädigen und
54 zugleich "die Infrastruktur auf einen zeitgemäßen Stand bringen" – ein Rezept für das größtmögliche
55 Staatsdefizit, aber eben auch im Paket mit einer goldgedeckten D-Mark ohne jede Aussicht auf Verwirklichung.

56 ... **Rot-Grün passt auch zusammen**

57 Mit SPD oder Grünen hingegen ist als Teil der künftigen Bundesregierung zu rechnen. Die beiden Parteien sind
58 sich in ihren Konzepten noch näher als Union und FDP, aber ohne große Schnittmenge zum anderen Lager.
59 Steuern senken wollen sie alle, [SPD](#) und [Grüne](#) aber "aufkommensneutral".

60 Demnach sehen sie nur Spielraum für kaum spürbare Entlastungen bei Unternehmen und den meisten Zahlern
61 der Einkommensteuer – denen aber höhere Steuern für die Reichsten gegenüberstehen. Etwa ab 100.000 Euro
62 Bruttojahreseinkommen würde es nach dem Willen beider Parteien teurer. Managergehälter über einer halben
63 Million sollen für Unternehmen nicht mehr als Betriebsausgaben von der Steuer absetzbar sein.

64 Hinzu kommt die Vermögensteuer, die SPD und Grüne wieder einführen wollen – nicht nur, um den Staat zu
65 finanzieren, sondern auch als Mittel gegen Ungleichheit und damit "alle ihren fairen Beitrag leisten". Beide
66 Parteien betonen, dass es Freigrenzen geben solle, um das Betriebsvermögen von Familienunternehmen zu
67 schonen.

68 Nach dem Status quo würden die rot-grünen Konzepte den Staatshaushalt kaum belasten. Allerdings versprechen
69 die Parteien zugleich hohe Zukunftsinvestitionen nicht nur für den Klimaschutz, die Grünen schreiben von "pro
70 Jahr 50 Milliarden zusätzlich". Damit die Rechnung dann noch aufgeht, wollen die Grünen die Schuldenbremse
71 reformieren.

72 Die SPD, die mit dem amtierenden Bundesfinanzminister **Olaf Scholz** (63) als Kanzlerkandidat in den
73 Wahlkampf zieht, kündigt nur vage an, "die verfassungsrechtlich möglichen Spielräume zur Kreditaufnahme
74 nutzen" zu wollen. Das könnte etwa bedeuten, wie in der aktuellen Koalition angedacht, Schattenhaushalte zu
75 nutzen und die heikle Frage einer Grundgesetzänderung zu umgehen.

76 **Kein Konzept für eine Regierungsmehrheit**

77 Nur die Linke spricht offen davon, die Schuldenbremse abschaffen zu wollen. Andererseits rechnet [ihr](#)
78 [Entwurf](#) am detailliertesten durch, wie der Etat auch ohne Schulden zu sichern wäre. Vordergründig ähnelt ihr
79 Konzept in der Richtung denen von SPD und Grünen. Die Linke denkt jedoch in ganz anderen Dimensionen. In
80 der Einkommensteuer will sie mit einem Grundfreibetrag von 14.000 Euro als einzige Partei neben der FDP auch
81 mittlere Einkommen deutlich entlasten (Geringverdiener sind davon ja ohnehin kaum betroffen), auf der anderen
82 Seite schlägt ihr Programm bei Millionären mit einem Spitzensteuersatz von 75 Prozent aber kräftig zu.

83 Für die Vermögensteuer fordert die Linke einen Satz von 5 Prozent (SPD und Grüne: 1 Prozent) und erwartet
84 Einnahmen von 100 Milliarden Euro. Eine einmalige Vermögenabgabe käme noch obendrauf, über 20 Jahre
85 gestreckt 310 Milliarden Euro, ebenso eine höhere Erbschaftsteuer (acht bis zehn Milliarden Euro jährlich) und
86 eine wirksame Sperre gegen Steuerflucht (15 Milliarden Euro). In Summe entstünde ein finanziell hochpotenter
87 Staat, der aktiv umverteilt. Zugleich ist klar: Selbst in einer derzeit nicht einmal rechnerisch möglichen rot-rot-
88 grünen Koalition könnte die Linke kaum etwas von solchen Maximalpositionen umsetzen.

89 Die größere Herausforderung für die künftige Regierung liegt in der Mitte des Parteienspektrums: Hohe
90 Zukunftsinvestitionen, zugleich niedrigere Steuerlast und harte Schuldenbremse – mindestens eines dieser
91 Versprechen muss wohl bald nach der Wahl gestrichen werden. CDU-Chef **Armin Laschet** (60) mit seinem
92 öffentlich demonstrierten Hang zu christlich-sozialer Fürsorge und aktiver Industriepolitik könnte zwar
93 glaubwürdig einen schuldenfinanzierten Kompromiss verkörpern, müsste dafür aber sein Programm streichen.
94 Wird die FDP für eine Regierung gebraucht, hat Parteichef **Christian Lindner** (42) kaum Anreiz zum
95 Nachgeben in der Finanzpolitik. Dann bleibt wohl nur die liberale Formel: Investitionen ja, aber privat und nicht
96 vom Staat.